Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3022

Der Bundesminister des Innern
ÖS I 2 – 614 300

Bonn, den 18. Juni 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Konspiration verfassungsfeindlicher Kräfte**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Prochazka, Gierenstein, Rainer, Dr. Becher (Pullach), Dr. Hudak und Genossen**
– Drucksache V/2929 –

Namens der Bundesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf der Generalratssitzung der Projektgruppe des Berliner SDS am 27. Februar 1968 Sabotageakte in den Betrieben als politisches Kampfmittel vorgeschlagen wurden?

Der SDS Landesverband Berlin (nicht eine seiner Projektgruppen) hielt in der Zeit vom 27. Februar bis zum 1. März 1968 in Berlin (West) eine Generalratssitzung ab. Mir liegen keine Informationen vor, wonach auf dieser Sitzung Sabotagemaßnahmen in Betrieben als politisches Kampfmittel vorgeschlagen wurden.

Aus verschiedenen Äußerungen von SDS-Funktionären ist aber zu entnehmen, daß sie Sabotage als revolutionäre Kampfmaßnahme in ihre Überlegungen einbeziehen. Ich weise auf folgende Äußerungen hin:

a) Rudolf Dutschke in dem Buch „Rebellion der Studenten oder die neue Opposition" Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Hamburg, 1968 Seite 84:

„Die Durchbrechung der Spielregeln der herrschenden kapitalistischen Ordnung führt nur dann zur manifesten Entlarvung des Systems als ‚Diktatur der Gewalt', wenn wir zentrale Nervenpunkte des Systems in mannigfaltiger Form (von gewaltlosen offenen Demonstrationen bis zu konspirativen Aktionsformen) angreifen – so z. B. das Abgeordnetenhaus, Steuerämter, Gerichtsgebäude, Manipulationszentren wie Springer-Hochhaus oder SFB, Amerika-Haus, Botschaften der Marionettenregierungen, Armeezentren, Polizeistationen etc.!"

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

b) Hans-Jürgen Krahl auf der vom SDS veranstalteten „Internationalen Vietnam-Konferenz" am 17. Februar 1968 in Berlin (West):

„Die Stufen von Protest zum politischen Widerstand können sich nur realisieren, wenn wir . . . versuchen, die organisatorischen Bedingungen zu schaffen, daß wir den Kampf gegen die NATO-Stützpunkte und -Niederlassungen in ganz Westeuropa aufnehmen können, wenn wir Maßnahmen treffen können, gegen den Transport amerikanischen Kriegsmaterials für den Krieg in Vietnam und wenn wir schließlich Aktionen führen werden gegen die Niederlassungen der amerikanischen Rüstungsindustrie in Westeuropa."

2. Ist der Bundesregierung bekannt, daß am 14. Februar 1968 auf einer internen Veranstaltung des Berliner SDS von Rudi Dutschke die Bildung einer neuen kommunistischen Unterorganisation des SDS, einer – wie Dutschke sagte – „Gegen CIA-Organisation" vorgeschlagen wurde?

Ich kann nicht bestätigen, daß Dutschke einen solchen Vorschlag auf der am 14. Februar 1968 durchgeführten Veranstaltung des Berliner SDS zur Vorbereitung der „Internationalen Vietnam-Veranstaltung" gemacht hat. Auf der „Internationalen Vietnam-Konferenz" am 17. Februar in Berlin (West) verlangte er jedoch den Aufbau eines „revolutionären Informationsnetzes", als er in seinem Referat zu Problemen der praktischen Durchführung der internationalen Solidarität Stellung nahm. Dutschke führte ergänzend aus:

„Wir können und müssen taktische Zentralen, Büros in West- und Mitteleuropa für diese Kampagne in den verschiedenen Ländern bilden, in denen Genossen aus den verschiedenen Ländern zusammenarbeiten."

3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Projektgruppe „Strategie" des SDS den von Dutschke vorgeschlagenen Unterorganisationen bereits ausgiebig widmet?

Die Projektgruppe „Strategie" tagte erstmalig am 19. Januar 1968 unter Leitung des SDS-Funktionärs Lefèvre in Berlin. Nach einem Rundbrief des SDS soll die Projektgruppe im „Mittelfeld zwischen abstrakter, theoretischer und konkreter praktischer Arbeit" tätig sein, um Theorie und Praxis laufend aufeinander abzustimmen. Die „Projektgruppe" sollte in die Untergruppen „Ökonomie", „Sozialpsychologie", „Gegenöffentlichkeit", Taktik der Gegenseite" untergliedert werden. Die Vorhaben der „Projektgruppe" sind nach meiner Kenntnis bislang über das Stadium der Planung nicht hinausgelangt.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß es zu organisierten Versuchen von SDS-Kreisen gekommen ist, in Deutschland stationierte amerikanische Soldaten zur Fahnenflucht zu bewegen?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß der SDS seit einigen Monaten eine Desertionskampagne gegen die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte führt.

Die 22. Delegierten-Konferenz des SDS im September 1967 erklärte sich mit der amerikanischen Studentenorganisation „Students for a Democratic Society (SDS)" und der amerikanischen Widerstandsbewegung solidarisch. In der Resolution wird u. a. ausgeführt:

> „Um die imperialistischen Interventionen am zentralen Punkt anzugehen, hat der amerikanische SDS eine Bewegung initiiert, die durch verschiedenste Widerstandsformen, legale wie illegale Aktionen die militärische Einberufung blockiert. ... Aus Einzelaktionen wurden systematische Sabotageakte gegen die Einberufungszentren, und vor allem gelang es der Bewegung die Stabilität der Streitkräfte zu unterhöhlen und die Kampfmoral der Soldaten in den Staaten selbst, in Europa und Südvietnam zu schwächen. Der SDS solidarisiert sich mit der amerikanischen Widerstandsbewegung und wird angemessene Methoden der Arbeit mit in der BRD stationierten US-Soldaten entwickeln. Der SDS wird die zu diesem Zweck aufgenommenen Kontakte mit dem amerikanischen SDS verstärken."

Seit Beginn des Jahres wurden vor Unterkünften der amerikanischen Streitkräfte wiederholt Flugblätter verteilt und Plakate geklebt, in denen die Soldaten zur Fahnenflucht aufgerufen werden. Für die Flugblätter zeichneten der SDS-Bundesvorstand, aber auch die SDS-Hochschulgruppe München verantwortlich.

Anfang April war auf einem Flugblatt die Adresse des SDS-Mitglieds Erich von Derschatta, München, als Kontaktanschrift angegeben. Dem SDS gelang es, für seine Desertionskampagne auch andere Studentenorganisationen zu gewinnen. So beschloß die 20. Mitgliederversammlung des VDS im März 1968 in Städten mit amerikanischen Garnisonen die Soldaten zur Fahnenflucht aufzufordern und Deserteure finanziell zu unterstützen.

Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder leiten Hinweise auf solche Aktionen umgehend an die Strafverfolgungsbehörden weiter, da in der Regel der Tatbestand des § 109 c StGB erfüllt ist. Diese Strafbestimmung gilt auch zum Schutz der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes und ihrer in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen (Artikel 7 Abs. 2 Nr. 3 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 11. Juni 1957 – BGBl. I 597; III, 450-5 –, in Kraft getreten am 1. Juni 1963 – BGBl. I 455; II, 745 –).

Im übrigen verweise ich auf die Stellungnahme des Herrn Bundesministers der Justiz zur Frage der Strafbarkeit solcher Aktionen in der Fragestunde der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1968.

Aus Pressemeldungen wurde bekannt, daß in diesem Zusammenhang bereits Personen wegen Aufforderung zur Fahnenflucht verurteilt worden sind.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundesrepublik gerade solche Studenten portugiesischer, griechischer und spanischer Nationalität Verbindung zum SDS halten, die nur zum Schein studieren und in Wirklichkeit kommunistischen Parteiaufgaben nachgehen?

Ich kann nicht allgemein bestätigen, daß insbesondere solche Studenten portugiesischer, griechischer und spanischer Nationalität Verbindung zum SDS halten, die nur zum Schein studieren und in Wirklichkeit kommunistischen Parteiaufgaben nachgehen. Es bestehen jedoch Verbindungen von Mitgliedern des SDS zu ausländischen Studenten, die ähnliche politische Ziele verfolgen.

6. Ist der Bundesregierung bekannt, daß illegale kommunistische Betriebszeitungen, zumindest im Land Hessen, in zunehmendem Maße erscheinen?

Die Zahl der illegalen kommunistischen Betriebszeitungen hat sich in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt:

1965 erschienen 71 Titel insgesamt 186mal
1966 erschienen 62 Titel insgesamt 137mal
1967 erschienen 66 Titel insgesamt 219mal

Die Auflagen schwankten zwischen 200 und 600 Stück.

In Hessen hat die Zahl der Betriebszeitungen im Laufe der Jahre abgenommen. Während 1965 noch 5 Titel insgesamt achtzehnmal erschienen, waren es 1966 und 1967 nur je 2 Titel, die insgesamt viermal und achtmal erschienen. 1968 erschien bislang nur ein Titel einmal.

In Vertretung

Gumbel